



Am 27. Januar 2008:

Hessen wählt neuen Landtag

In wenigen Tagen werden wir einmal mehr an die Wahlurnen gerufen. Es sind Landtagswahlen in Hessen. Wer dann den Wahlzettel aufmerksam studiert, wird eine Überraschung erleben: Neben den üblichen Parteien sind dort diesmal auch die **FREIEN WÄHLER** zu finden.

Schon vor rund 50 Jahren kandidierten Frauen und Männer für freie und unabhängige Wählergruppen. Sie nahmen damit das selbstverständliche Recht wahr, sich als Bürger, frei von parteilichen Interessen, an der Selbstverwaltung ihrer Gemeinde, der Stadt oder ihres Kreises zu beteiligen. Parteiunabhängige Bürger verfolgen damit am konsequentesten das durch die Reformen des Freiherrn von Stein begründete Recht der kommunalen Selbstverwaltung. Ein Recht, das inzwischen sowohl in der hessischen Verfassung als auch im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verankert und gesichert ist.

Der Verband der **Freien Wähler** Hessen wurde am 19. Februar 1956 gegründet. Erster Vorsitzender war damals Dr. Gustav Schwarz aus Friedberg (Wetterau). Unser heutiger Landesvorsitzender ist der Rechtsanwalt Thomas Braun aus Bad Soden.

Die **FREIEN WÄHLER** sind mit 14,6% Wähleranteil seit der Kommunalwahl 2006 drittstärkste Kraft auf Gemeindeebene in Hessen. Dies gilt jedoch nur für die Gemeinden, in denen die Freien Wähler antraten. Landesweit erhielten sie 5,2%.

In den Anfangsjahren waren Wählergruppen in Hessen wesentlich stärker in den Kommunalparlamenten vertreten als heute. 1952 waren sie mit beachtlichen 35,8% stärkste Kraft vor SPD (31,6%) und CDU (18,9%). Weil die Parteien mehr und mehr Bürger an sich binden konnten, sank der Anteil der Freien Wähler bis 1968 auf nur noch 24,2%. Bei der Kommunalreform wurden viele kleine Gemeinden aufgelöst. Dadurch verloren die **Freien Wähler** viele lokal bekannte Persönlichkeiten, was zu einem weiteren Einbruch an Stimmen führte. Zwischen 1977 und 1985 gaben nur noch durchschnittlich 7,2 bis 7,6% der Wahlberechtigten ihre Stimme den **Freien Wählern**. Das Blatt wendete sich erst mit den Kommunalwahlen 1989. Mit 9,2% konnte erst ein leichter und 1993 mit 14,1% ein spürbarer Zuwachs erreicht werden, der 2006 mit 14,6% weiter ausgebaut wurde.

Am 4. November 2006 haben die **Freien Wähler** in Hessen entschieden, im Januar 2008 an der Wahl zum Hessischen Landtag teilzunehmen. Damit wollen sie sich auch auf Landesebene für die Interessen der Bürgerinnen und Bürger Hessens einsetzen.

Seit Bestehen der freien und unabhängigen Wählergemeinschaften haben sie die Kommunalpolitik in Gemeinden, Städten und Kreisen



Laura Macho

Platz 2 der Landesliste,
Direktkandidatin im WK 25 (Wetterau)

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

am 27. Januar 2008 sind die Wählerinnen und Wähler in Hessen aufgerufen, einen neuen Landtag zu wählen. Diesmal steht eine echte Alternative zur Wahl: die **FREIEN WÄHLER**. Erstmals seit 1978 treten die **FREIEN WÄHLER** wieder zur Landtagswahl in Hessen an. Die **FREIEN WÄHLER** haben 139 Kandidaten auf der Landesliste aufgestellt und bieten den Menschen in Hessen eine echte Alternative zu den Parteien.

Sie entscheiden ob Koch's CDU Hessen weiter ins bildungspolitische Abseits führt, oder ob ein Linkskartell aus PDS, SPD und Grünen Hessen zukünftig regiert.

Geben Sie deshalb am 27. Januar Ihre Stimme den **FREIEN WÄHLERN**. Sie entscheiden sich damit für ein starkes und unabhängiges Hessen.

Herzlichst
Ihre Laura Macho



verantwortlich geprägt. Sie sind aus den Kommunalparlamenten nicht mehr wegzudenken. Diesen Status gilt es zum Wohle aller Bürgerinnen und Bürger zu erhalten.

Im Mittelpunkt des politischen Wirkens der **Freien Wähler** stehen Ziele, die für das Umfeld der Bürgerinnen und Bürger vor Ort von Bedeutung sind. Dabei steht eine ideologiefreie und sachkundige Politik im Vordergrund. Kindergärten, Straßen, Sport, Kultur und Vereine gehören dabei ebenso zu den Themenbereichen wie Einkaufen, Verkehrsanbindungen, Gewerbeentwicklung sowie Natur und Umwelt.

Der Grundsatz einer sparsamen und verantwortungsvollen Haushaltsführung ist dabei die oberste Maxime. Durchdachte und weitsichtige finanzpolitische Entscheidungen müssen dabei ebenso selbstverständlich sein, wie Transparenz in der Politik. Die Freien Wähler wollen gleichzeitig eine stärkere und aktive Beteiligung der Bürger an allen Entscheidungsprozessen herbeiführen.

Somit gibt es viele gute Gründe, warum die **Freien Wähler**, als Alternative zu den Parteien, bei der Land-

tagswahl antreten. Die vielleicht wichtigsten sind:

Es soll wieder mehr von den Steuern dort ankommen, wo sie erwirtschaftet werden. Die kommunalpolitischen Gestaltungsspielräume in Städten, Gemeinden und Kreisen sind stetig kleiner geworden. Bund und Länder verlagern immer mehr Aufgaben auf die Kommunen, ohne deren finanzielle Ausstattung zu verbessern oder sie für den Mehraufwand finanziell zu entschädigen. Die Verantwortlichen vor Ort kennen ihr Umfeld am besten und wissen daher am ehesten, wo öffentliche Gelder wirksam und zum Nutzen der Allgemeinheit eingesetzt werden können.

Das Gemeinwesen darf nicht zur Beute eigennütziger Politiker und Lobbyisten werden. Machterhalt und die Herrschaft über möglichst viele Planstellen und öffentliche Gelder dürfen nicht länger primäres politisches Ziel sein.

Die Wahlleitlinien der Freien Wähler sprechen dabei eine ganz deutliche Sprache:

Einige wenige Auszüge aus den Wahlleitlinien:

- Radikale Steuervereinfachung

- Ausbau der Bürgerbeteiligung durch Volksentscheide und Bürgerbegehren
- Parteien und Staat auf allen Ebenen entflechten
- Beschränkung des Staats auf seine Kernaufgaben
- nachhaltige Verbesserung der Finanzaufweisungen an Städte, Gemeinden und Landkreise
- Erststudium für die Regelstudienzeit kostenlos!
- Flächendeckend Ganztagsangebote in Schulen
- Erhalt vielfältiger Schulformen
- Solide Finanzen statt Schuldenmisere
- den Stopp unsinniger Privatisierungsprojekte
- Energie muss bezahlbar bleiben
- Unabhängigkeit in der Energieversorgung sichern
- Beschäftigungshemmende Regulierungen abschaffen
- Lohnnebenkosten reduzieren
- Bildungs- und Qualifizierungs-offensiven starten
- die Abschaffung von Mehrfachpensionen für Politiker

Kai Schumacher:

Den Freien Wählern den Rücken stärken



Kai Schumacher

Vorsitzender und Fraktionschef der **Freien Wähler** Korbach

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

viele fühlen sich von der Politik der Parteien entweder gar nicht oder nicht richtig vertreten. Während sich Manager und Bosse die Taschen vollstopfen, übt der kleine Mann Lohnverzicht. Die geführte Debatte um Mindestlöhne zeigt, dass die Mechanismen am Arbeitsmarkt nicht mehr funktionieren. Die CDU vermag das nicht einzusehen und sträubt sich, denjenigen, die ganztägig für einen Hungerlohn arbeiten müssen, zu helfen. Der SPD, von den Linken um Gysi und Lafontaine vor sich hergetrieben, laufen die Wähler und die Mitglieder weg.

Hinzu kommen sinkende Renten und eine völlig verkorkste Energiepolitik mit explodierenden Preisen. Politisch weiß man nicht, was

man will: Kohle ist schlecht, weil das viel CO₂ verursacht, Kernkraft ist schlecht, weil das tausende von Jahren strahlt, Windkraft ist schlecht, weil das die Landschaft verschandelt, Erdgas ist schlecht, weil das von Putin abhängig macht und so weiter...

In Hessen hat uns die Regierung Koch darüber hinaus eine katastrophale Bildungspolitik beschert. Ich möchte nur an Studiengebühren und die Einführung des „Turbo-Abiturs“ erinnern.

Wenn ich Sie jetzt bitte, am 27. Januar zur Wahlurne zu gehen und Ihre Stimme den **Freien Wählern** zu geben, dann tue ich das aus dem Wissen heraus, dass die **Freien Wähler** eine andere Politik wollen!

Ihr Kai Schumacher

Interview mit Lothar Salokat:

Conti investiert 30 Millionen Euro in Korbach



Herr Salokat, Sie sind Betriebsleiter des Conti-Werkes in Korbach. Wie viel Mitarbeiter beschäftigt das Werk momentan?

Aktuell haben wir mehr als 3.200 Mitarbeiter direkt bei uns beschäftigt, dazu muss man ca. 500 Beschäftigte rechnen, die im Dienstleistungsbereich, Logistik, Technik und Kantine, arbeiten. Sowohl bei uns als auch bei unseren Dienstleistern werden junge Menschen in den verschiedensten Berufen ausgebildet.

Wo steht das Werk Korbach im Vergleich zu den anderen Standorten der Conti?

Alle Bereiche, PKW-, Zweirad-, Industriereifen und auch Contitech, produzieren zurzeit unter Volllast. Wir werden im PKW-Bereich erstmalig mehr als 10 Millionen Reifen/Jahr produzieren. In 1996 waren es 5,2 Millionen Reifen. Ähnliche Steigerungen sind bei Industriereifen über die Jahre erreicht worden. Zweirad-Reifen ist erfolgreich mit Reifen „Made in Germany“. Auch Contitech wird dieses Jahr, mit der Produktion von mehr als 40 Mio. Meter Schläuchen, einen neuen Rekord aufstellen. Das Werk hat sich also auch in den letzten Jahren gut entwickelt und somit einen erheblichen Beitrag zu der erfolgreichen Entwicklung des Konzerns beigetragen.

Wie sieht die Planung für das Werk Korbach für die nächsten Jahre aus?

Produktivitätsverbesserungen bei PKW-Reifen werden weiter vorangetrieben. Wir werden weitere automatisierte Maschinen für die Konfektion installieren. Die Produktion der Reservereifen wird in die RF2/3 inte-

griert. Das bedeutet eine deutliche Erhöhung der Flexibilität. Motorradreifen wird weiter ausgebaut auf mehr als 200.000 Reifen. Bei Industriereifen ist ein umfangreiches Rationalisierungs- und Erweiterungsprojekt gestartet. Contitech baut die Bereiche Industrie- und Kfz-Schläuche mit hohen Investitionen weiter aus.

Welche Maßnahmen müssen umgesetzt werden, damit das Werk Korbach in Zukunft wettbewerbsfähig bleibt?

Wir werden unseren eingeschlagenen Weg konsequent weiter fortsetzen.

Wieviel Euro werden in den nächsten Jahren in das Werk investiert?

Allein im Reifenbereich sind es für 2008/2009 ca. 21 Mio. Euro. Contitech plant für 2008 ca. 9 Mio. Euro, also eine erhebliche Summe!

Wie wichtig ist das Industrieheizkraftwerk für den Standort Korbach?

Ein ganz wesentlicher Baustein für die mittel- und langfristige Entwicklung des Standortes. Die Energiepreise werden in den nächsten Jahren weiter steigen. Energie ist ein erheblicher Kostenfaktor für die Produktion unserer Produkte. Wir haben einen langfristigen Vertrag für die Dampfversorgung des Werkes, also Preissicherheit und damit einen Wettbewerbsvorteil. Letztlich leisten wir einen erheblichen Anteil zur Schonung der natürlichen Ressourcen und der CO₂ - Ausstoß wird ebenfalls gemindert.

Wo ist das Werk Korbach im Vergleich zu anderen Standorten Spitze oder eher im Nachteil?

Wir haben durch unser breit aufgestelltes Produktionsprogramm in den verschiedenen Geschäftsfeldern sicherlich Vorteile im Bereich der Fixkosten. Bei Produktivität, Effektivität und Innovationen müssen wir uns nicht verstecken. Nachteilig ist der Standort in Bezug auf Energie. Wir liegen etwas abseits der Hauptenergieverteilnetze. Aber dafür leben wir nun mal im schönen Waldeck.

Nennen Sie einige Erfolge für den Standort Korbach, auf die Sie besonders stolz sind.

Das Werk Korbach ist in diesem Jahr 100 Jahre alt geworden. Das ist etwas, auf das alle Beschäftigten stolz sein können - und im 100. Jahr werden wir eine Rekordproduktion erreichen. Über viele Jahre konnten wir die Beschäftigtenzahl auf 3.000 halten, ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor für den Standort und die Region.

Was hat Sie in den letzten Jahren besonders geärgert?

Die „manchmal“ sehr unsachlich geführte Diskussion im Bezug auf das Industrieheizkraftwerk.

RDC und jetzt Zweirad Logistikcenter, was könnte noch folgen?

Sie haben das neue Containerterminal am Bahnhof vergessen. Wir werden in den nächsten Jahren Transporte von der Straße auf die Schienen verlegen, um Flexibilität im Transport unserer Produkte zu erreichen. Besonders im Bereich der Ferntransporte nach USA, Kanada, Skandinavien und Osteuropa. Wenn sich Chancen ergeben, werden wir aktiv. So viel ist sicher.

Herr Salokat, der Korbacher Express dankt Ihnen für das informative Gespräch!



Was ist los in Korbach und bei den *Freien Wählern*?

Rund um den Nachtwächter

Ein Verbund mit Zukunft: Service Verbund Eisenberg

Im Bewusstsein, dass man sich den Herausforderungen der Zukunft, insbesondere hinsichtlich der demografischen Entwicklung und der angespannten Finanzsituation, gemeinsam besser stellen kann, wurde zur Erarbeitung von Lösungsstrategien und der Vorbereitung weiterer institutionalisierter Abläufe der Kommunale Service Verbund Eisenberg gegründet.



Im Mittelpunkt des Kommunalen Service Verbundes Eisenberg steht der Bürger, der stets Anspruch auf eine optimale Versorgung in allen Lebensbereichen hat. Vorrangige Ziele der Arbeitsgemeinschaft sind die Mehrung des öffentlichen Wohls in den Gemeinden und Städten und die Schaffung eines familienfreundlichen Umfeldes mit einer wirtschaftlichen Stärkung der Region im Zentrum des Landkreises Waldeck-Frankenberg sowie des angrenzenden westfälischen Raumes. Im Fokus der Zusammenarbeit stehen aber auch eine optimierte Servicequalität mit noch höherer Kundenorientierung und eine Förderung der Entwicklung der Kommunen.

Die Aufgaben des kommunalen Service Verbundes erstrecken sich insbesondere auf den Ausbau interkommunaler und privater Kooperation, die Bindung der Bevölkerung an den Raum, die Erhaltung und



Schaffung zukunftsfähiger Arbeitsplätze, die Verbesserung der Familienfreundlichkeit, den Ausbau und die Stärkung der Bereiche Wirtschaft und Tourismus, die gemeinsame Regionalförderung mit den zur Verfügung stehenden Finanzhilfen und die Stärkung des „Wir-Gefühls“ in der gesamten Region.

Gebildet wird der kommunale Service Verbund Eisenberg durch die Gemeinden Diemelsee, Vöhl und Willingen sowie durch die Städte Korbach, Lichtenfels, Medebach und Waldeck.

In Korbach geht's rund: Sechs weitere Kreisverkehre in Planung

Ein geringeres Unfallrisiko, besserer Verkehrsfluss und eine kostengünstigere Unterhaltung als bei Ampeln, das sind die Vorteile von Kreisverkehren. Vier Kreisel und eine abknickende Vorfahrtstraße sollen künftig in der Innenstadt dafür sorgen, dass die Autofahrer schneller zu Parkplätzen und Einkaufszentren gelangen. Außerdem verheißt die als ein Innenstadtring geplante Route eine Entlastung der Nebestrecken. Zwei weitere Kreisverkehre entstehen darüber hinaus an den Kreuzungen Südring / Frankfurter Straße und Südring / Wildunger Landstraße. Ein genauer Zeitplan für die Realisierung sämtlicher Kreisel steht noch aus, da noch nicht feststeht, wann Kreis und Land die erforderlichen Mittel bereitstellen werden. Im städtischen Haushalt sind die Kosten für

die Baumaßnahmen bereits für die Jahre 2008 bis 2011 eingeplant.

Als Erstes soll der Kreisverkehr an der Arolser Landstraße / Hauptbahnhof in Angriff genommen werden. Dort läuft zur Zeit schon die Kanalerneuerung. Gewährt das Land rechtzeitig die Zuschüsse, kann mit dem Bau noch in diesem Jahr begonnen werden.

Der Kreisel ist Teil des Innenstadtring-Konzepts, zu dem außerdem Rondells an den Kreuzungen Briloner Landstraße / Nordwall / Flechtdorfer Straße, Briloner Landstraße / Skagerrakstraße / Louis - Peter - Straße und Ermighäuser Weg / Flechtdorfer Straße / Güterbahnhof gehören.

Dorferneuerung in den „Ense-Dörfern“ und in Rhena

Die Dorferneuerung der Ense Dörfer neigt sich nach sieben Jahren dem Ende entgegen. In Rhena geht es jetzt erst richtig los. Nachdem im vergangenen Jahr die Vorklärungsphase lief, geht es an die Umsetzung der einzelnen Projekte. Das integrierte Handlungskonzept wurde am 14.12. 2007 bis auf eine Ausnahme (Tretbecken) vollständig von der Helaba (Landes Bank Hessen-Thüringen) genehmigt. Das Investitionsvolumen beträgt rund 750.000





Euro. Noch steht aber nicht fest, mit wie viel Zuschuss zu rechnen ist.

In den Ense Dörfern wurden ca. 69 private Projekte, von denen sechs noch nicht bewilligt, aber bereits kostenmässig hinzugerechnet sind, mit einem Investitionsvolumen von rund 2,03 Mio. Euro und einem Zuschussanteil von rund 487.000 Euro gefördert. Die Beratung ist am 30. September 2007 ausgelaufen. Zur Abwicklung der Maßnahmen haben die Bauherren nun noch bis Oktober 2010 Zeit. Neue Anträge können nicht mehr gestellt werden.

Bei den kommunalen Maßnahmen wurden und werden ca. 28 Projekte mit einem Investitionsvolumen von rund 900.000 Euro und einem Zuschussanteil von rund 580.000 Euro gefördert. Der Gesamtinvestitionsrahmen von 908.902 Euro wurde damit erreicht. Einige Maßnahmen wurden ohne Beteiligung der Dorferneuerung durchgeführt.

Dorferneuerungsmittel um fast ein Drittel abgesenkt

Die absoluten Fördermittel des Landes Hessen für die Dorferneuerung stagnieren bei rund 28 Millionen Euro pro Jahr. Die hessische CDU-Landesregierung bestätigte, den Fördersatz für kommunale Einzelprojekte im Rahmen der Dorferneuerung von bisher 65% auf nunmehr 50% abzusenken. Staatssekretär Seif argumentiert, dass durch die Absenkung der einzelnen Zuschüsse künftig mehr Gemeinden von den Mitteln für die Dorferneuerung profitieren würden.

„Das ist allerdings zu kurz gedacht“, erklärte Heinz Graf, Ortsteilbeauftragter der Stadt Korbach. „Damit wird die Landesregierung die ohnehin bestehenden Entwicklungsunterschiede im ländlichen Raum weiter verschärfen. Die neue Verteilungspolitik der CDU-Landesregierung ist kontraproduktiv und geradezu schädlich. Letztendlich macht eine Senkung der Zuschüsse von jeweils 65% auf 50% den Einstieg in das Dorferneuerungsprogramm nur viel schwieriger. Bisher mussten die

Kommunen lediglich 35 Prozent der Kosten einer Dorferneuerung selbst schultern. Zukünftig wird es die Hälfte sein. Tatsache ist, dass es nicht wenige Kommunen in Hessen gibt, deren geringe Finanzkraft die Teilnahme am Dorferneuerungsprogramm nur schwer möglich macht. Wenn die Zuschüsse um fast ein Drittel abgesenkt werden, bedeutet

das aus Sicht der Kommunen eine Steigerung ihres Eigenanteils um fast 50 Prozent.“



Weidemann GmbH: Produktionsbeginn am neuen Standort in Korbach

Die Weidemann GmbH, eine Tochter der Wacker Construction Equipment AG, hat inzwischen den ersten Radlader, der im neuen Fertigungswerk in Korbach hergestellt wurde, an die Stadt Korbach übergeben. Der Produktionsprozess ist nach dem Umzug von Flechtdorf nach Korbach gut angelaufen. Die Kapazität soll durch den Neubau in zwei bis drei Jahren von 3.000 auf etwa 6.000 Radlader pro Jahr gesteigert werden. Produziert werden in Korbach nicht nur die roten Weidemann-Radlader für die Landwirtschaft, sondern auch die gelben Wacker-Radlader für die Bauwirtschaft.

Durch den vertraglich fixierten Zusammenschluss zwischen der Muttergesellschaft Wacker Construction Equipment AG und der Neuson Kramer Baumaschinen AG entsteht erstmals ein weltweiter Anbieter von Baugeräten („Light Equipment“) und Kompaktbaumaschinen („Compact

Equipment“) - mit weltweit über 30 Tochtergesellschaften an über 160 Standorten und einem beispiellosen Produktangebot. Alle Produkte des neuen Unternehmens werden bald den Markennamen Wacker Neuson tragen. Ausnahmen bilden die Produkte der Marke Kramer-Allrad und der Marke Weidemann, die für die Landwirtschaft als eigenständige Marken erhalten bleiben und weiter ausgebaut werden sollen.

Durch einen weiteren Ausbau des Produkt- und Dienstleistungsangebots sowie einem starken regionalen Wachstum will der börsennotierte Konzern bereits 2008 mehr als eine Milliarde Euro Umsatz erwirtschaften und es wird langfristig ein weiteres Umsatz- und Ertragswachstum angestrebt. In Korbach sind damit rund 160 sichere Arbeitsplätze entstanden.

Die Nutzfläche beläuft sich auf 17.000m² und die Grundstücksfläche auf 50.000m². Die Stadt hat dem Unternehmen eine Option zur Erweiterung um 35.000m² eingeräumt.

Krankenhaus-Neubau kurz vor Fertigstellung: Umzug beginnt im Februar

Im Herbst 2006 wurde der Grundstein für den Neubau des Stadtkrankenhauses Korbach gelegt. Für 29 Millionen Euro werden wichtige Weichen für die Zukunft des größten Krankenhauses im Landkreis Waldeck-Frankenberg gestellt. Nur durch Investitionen und neue medizinische Techniken kann das Überleben kleinerer Krankenhäuser gesichert werden.

Im Neubau entstehen außer einem kompletten neuen Bettentrakt auch neue Funktionsabteilungen wie Röntgen, Labor, EKG und zwei hochmoderne Operationssäle. So soll dem Patienten ein reibungsloser Ablauf in Ambulanz und stationärer Aufnahme geboten werden. In den frei werdenden Räumlichkeiten wird ein medizinisches Versorgungszentrum entstehen. Hierin werden Praxen für niedergelassene Ärzte angesiedelt. Der Patient der Zukunft bekommt eine Rundumversorgung an einem Ort mit kurzen Wegen.

Bereits seit längerer Zeit befindet sich an dem Stadtkrankenhaus die Praxis eines Radiologen mit hervorragender Ausstattung. Außerdem nutzt seit 2005 ein Internist freie Räumlichkeiten. Er hat die Möglichkeit, Gerätschaften des Stadtkrankenhauses mit zu nutzen.

Armin Müller hat im Juli 2005 die Geschäftsleitung übernommen und ist seit dem 1. Januar auch Chef des städtischen Altenpflegeheims am Nordwall. Hierdurch werden Synergien zum Vorteil beider Häuser entstehen.

Die Gynäkologische Abteilung, übrigens von der WHO als still-



freundlich ausgezeichnet, wird seit dem 1. Januar von Chefarzt Dr. Szini geleitet, der gleichzeitig auch eine Frauenarztpraxis am Krankenhaus betreibt.

Veränderungen gibt es, nach dem Ausscheiden von Dr. Awakemian, auch im unfallchirurgischen Bereich. Seine Praxis wurde inzwischen von der Stadt Korbach erworben. Sie wird zukünftig von Dr. Seel, einem Unfallchirurgen und Orthopäden, betrieben. Damit wird der Standort Korbach weiter gestärkt.

Krankenhaus bleibt kommunal

Durch die Gründung einer Managementholding werden dem Kreiskrankenhaus in Frankenberg und dem Stadtkrankenhaus Korbach die Möglichkeit gegeben, auch in Zukunft ohne Privatisierung überleben zu können. Der Erhalt beider Häuser ist wichtiger, als das Gewinn- und Verlustdenken mancher Entscheidungsträger.

Gerade die Kreis-FDP hat sich in den Verhandlungen um die Zukunft von Frankenberg und Korbach immer wieder gegen eine Managementholding oder gar eine Fusion ausgesprochen. Sie hat deutlichst ihren Willen für eine Privatisierung der Häuser in den Vordergrund gestellt. Adolf Graf, Fraktionsvorsitzender der Kreis-FDP, sagte im

Kreistag: „Da eine Privatisierung in dieser Legislaturperiode nicht mehr möglich ist, werden wir dem Antrag der **Freien Wähler** zur Gründung einer Holding zustimmen.“ Noch zum Zeitpunkt der Beschlussfassung zur Managementholding durch die Kreistagsgremien hat die FDP durch Änderungsanträge versucht, ein Zusammengehen zu verhindern.

Wir, als **Freie Wähler**, halten angesichts des allgemeinen Trends zur Privatisierung im Krankenhausmarkt den angestrebten Verbund der beiden kommunalen Häuser in einer Dachgesellschaft (Managementholding) nur für einen ersten Schritt. Der ist sinnvoll und für ein Fortbestehen in kommunaler Hand zwingend notwendig. Eine Fusion muss dann als weiterer Schritt folgen.

Bis dahin ist allerdings noch ein weiter und steiniger Weg zurückzulegen. Die **Freien Wähler** fordern alle Verantwortlichen auf, den Weg für eine Fusion der Häuser frei zu machen. Sie sollen dafür sorgen, dass es eine gemeinsame Zukunft für beide Häuser in kommunaler Hand gibt.



Impressum:

Der

**KORBACHER
EXPRESS**

erscheint unregelmäßig und wird herausgegeben vom Vorstand der Freien Wählergemeinschaft Korbach, vertreten durch den 1. Vorsitzenden Kai Schumacher. Verantwortlich: Kai Schumacher, Maik Hartwig, Anschrift der Redaktion: Adolph-Varnhagen-Str. 1, 34497 Korbach, Auflage: 11.500 Exemplare, Druck: Sprenger Druck Korbach

Bevormundung der Bürger nimmt weiter zu:

Nichtraucherschutzgesetz in Kraft

Am 1. Oktober 2007 trat in Hessen das Nichtraucherschutzgesetz in Kraft. Welche Auswirkungen hat das Gesetz auf die Gastronomie? Das ist die wohl meistdiskutierte Frage landauf-landab.

Viele Gastwirte haben inzwischen das Gespräch mit den Ordnungsämtern gesucht um sich beraten zu lassen. Es wurde nach Möglichkeiten gesucht, ansprechende Räume, in denen geraucht werden darf, einzurichten. Routinemäßige Raucherkontrollen sind in dem Gesetz nicht vorgeschrieben. Sie wird es in Kobach auch nicht geben. Anlassbezogene Kontrollen sind jedoch durchzuführen.

Die Gäste sorgen in der Regel durch „gegenseitiges Aufpassen“ auf die Einhaltung der Rauchverbote. Die Folge können Anzeigen sein, die sich gegen den Wirt oder aber auch gegen andere Gäste richten. Der in

Frage kommende Strafraumen sieht für die Raucher maximal 200 Euro vor, die Gastwirte können mit bis zu 2.500 Euro belangt werden.

Die kleine Kneipe

Die Folgen des Gesetzes sind gravierend. Die Mehrzahl der klassischen Kneipenbesucher (nicht der Restaurantbesucher) sind Raucher. Gastwirte verzeichnen Umsatzrückgänge von bis zu 40%. Damit einher geht eine akute Existenzgefährdung. Mehrere gastronomische Betriebe haben bereits geschlossen, andere tragen sich mit dem Gedanken in Kürze zu schließen. Besonders betroffen sind kleine Einraumgaststätten, die keine Möglichkeit haben, einen separaten Raucherraum auszuweisen. Dem gegenüber bevorzugt sind Mehrraumkneipen, die einen gesetzeskonformen Raucherraum bereitstellen können.

Unausgegorenes Gesetz

Andere Bundesländer haben in ihren Gesetzgebungen die Ungleichbehandlung unterschiedlicher Betriebe weitgehend vermieden. Im Saarland zum Beispiel ist das Rauchen in inhabergeführten Kleinkneipen erlaubt. Die Raucherkneipen müssen als solche von außen kenntlich gemacht werden.

Die **Freien Wähler** plädieren für eine freiwillige oder moderatere Lösung. Das von der CDU - Landesregierung verabschiedete Gesetz geht weit über die EU-Vorgabe hinaus. Selbst bei privaten Feiern, die in öffentlichen Gebäuden wie Dorfgemeinschaftshäusern oder Mehrzweckhallen stattfinden, ist das Rauchen verboten. Die Bevormundung der Bürger nimmt immer weiter zu. Die Frage ist: Was kommt als nächstes auf den Bürger zu?

KA-Entscheidung war richtig:

CDU-Landrat Eichenlaub mit neuer Posse

Im Mai vergangenen Jahres teilte CDU-Landrat Eichenlaub mit, er habe keine Lust mehr Landrat zu sein und wolle in die freie Wirtschaft wechseln. Nun soll und kann man ja bekanntlich Reisende nicht aufhalten. Dem folgte auch der Kreis Ausschuss (KA) mit seiner Entscheidung, Eichenlaub für den Rest seiner Amtszeit zu beurlauben. Eichenlaub hätte damit keine Bezüge mehr erhalten und keine weiteren Pensionsansprüche erworben. Peter Niederstraßer (**Freie Wähler**) hätte für die restliche Wahlperiode seine Aufgaben übernommen. Dem Landkreis Waldeck-Frankenberg wäre kein nennenswerter Schaden entstanden. Die Alternativen zu dieser Entscheidung waren:

1. Eichenlaub tritt von sich aus zurück. Damit hätte er seine Pensionsansprüche verloren, nicht nur die aus seiner Tätigkeit als Landrat sondern auch alle früher erworbenen. Für Eichenlaub sicher keine mögliche Option.

2. Er wird abgewählt. Das hätte den Landkreis Waldeck-Frankenberg viel Geld gekostet: Seine Bezüge bis zum Ende der Wahlperiode hätten weiter gezahlt werden müssen und Eichenlaub hätte weitere Pensionsansprüche erworben.

3. Eichenlaub meldet sich dauerhaft krank. Damit kann er aber auch keinen anderen Job annehmen.

Die Wogen schlugen hoch, Eichenlaubs Ansinnen war nicht nur Thema in der Bevölkerung, sondern auch in der Boulevardpresse. Für die CDU, insbesondere kurz vor den Landtagswahlen, war eine ärgerliche Situation entstanden. Um wieder Ruhe einkehren zu lassen, untersagte Regierungspräsident Lutz Klein (CDU) eine Beurlaubung Eichenlaubs. Gegen diese Entscheidung klagte der Landkreis Waldeck-Frankenberg und verlor vor dem Verwaltungsgericht in einem Eilverfahren. Eichenlaub wurde nicht beurlaubt, erhält weiterhin seine Bezüge und erwirbt Pensionsansprüche.

Wer glaubte, die Sache sei damit erledigt, hatte die Rechnung ohne Eichenlaub gemacht. Pünktlich, vier Wochen vor den Landtagswahlen, meldet er sich mit der Ankündigung zu Wort, in 2009 nochmals kandidieren zu wollen. Ob das ernst gemeint ist, oder ob er sich nur an seinen Parteifreunden rächen will, bleibt derzeit sein Geheimnis. Eines ist jedoch sicher: den Menschen und dem Landkreis Waldeck-Frankenberg ist mit dererlei Possen nicht gedient.

Ist der Ruf erst ruiniert, lebt sich gänzlich ungeniert.

(Wilhelm Busch)



Von Schweineohren und anderen Absurditäten

Fehlt uns der Mut?

Schweineohren, sofern sie für den menschlichen Verzehr geeignet sind, werden mit 7% Mehrwertsteuer beaufschlagt. Sind sie für Menschen ungenießbar, aber für Hunde roh zu verzehren, beträgt der Mehrwertsteuersatz 19%. Werden die Hundeschweineohren hingegen mit Honig veredelt, liegt der Satz wiederum bei nur 7%. Ein Adventskranz aus frischer Tanne wird mit 7% besteuert, der gleiche aus getrocknetem Material mit 19%. **AHA!**

Was zunächst zum Schmunzeln reizt, hat jedoch ernste Konsequenzen: Zuständig für Mehrwertsteuersätze sind knapp 500 Beamte des Finanzministeriums - und die wollen bezahlt werden. Warum bestimmte Waren eine Mehrwertsteuerermäßigung bekommen und andere nicht, ist den Beamten häufig unbekannt. Schließlich stammen die meisten Regeln aus dem Jahr 1968 und wurden bis heute kaum verändert.

Will heißen: sinnvolle Betätigungsfelder für unsere Parteien gibt es reichlich. Doch womit beschäftigen sie sich? Die SPD macht jetzt, von Gysi und Lafontain vor sich hergetrieben, den Mindestlohn „wählbar“ und treibt damit die CDU vor sich her. Die Auswüchse davon haben wir in den vergangenen Wochen beim Post-Mindestlohn gespürt.

Eine Entlohnung, die stark an die Ausbeutung der Menschen zu Beginn der industriellen Revolution im 19. Jahrhundert erinnern, darf es in Deutschland nicht geben. Wer arbeitet, muss ein Einkommen haben, von dem er mindestens einigermaßen auskömmlich leben kann. Die Marktmechanismen zur Findung eines vernünftigen Lohns, gerade im unteren Lohnsegment, funktionieren jedoch nicht mehr. Damit ist der Staat gefordert. Notwendig sind flächendeckende Mindestlöhne in allen Bereichen. Die sollten allerdings nicht, wie bei der Post, mit bis zu 9,80 Euro, überzogen sein. Denn das vernichtet tatsächlich Arbeitsplätze.

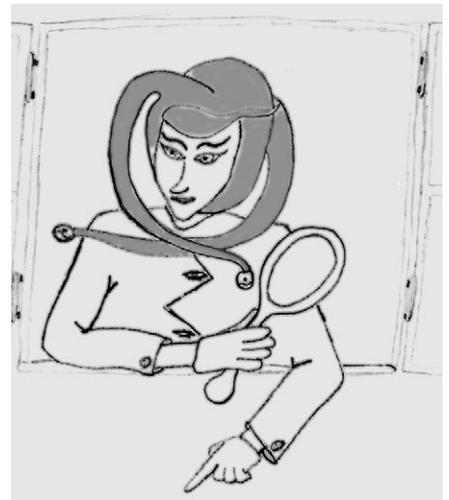
Eine schlechte Entlohnung mit dauernder Sorge um die eigene Existenz, führt zu Gewalt in Familien. Gerade um die vergangenen

Weihnachtstage herum konnten in der Tagespresse mehrfach Schlagzeilen wie: „Familiendrama in Bayern - Eltern töten drei Kinder“ gelesen werden. Da es sich dabei leider um keinen Einzelfall handelte und Wahlen vor der Tür stehen, wollen die Bundesministerinnen von der Leyen (CDU) und ihre Kollegin Zypries (SPD) jetzt den Eltern Hilfe aufzwingen. Eltern sollen beispielsweise zu einem Anti-Gewalt-Training verpflichtet werden können. Helfen wird das in den allermeisten Fällen wohl nicht.

Vielmehr gilt es die Ursachen abzustellen. Mindestens eine Ursache ist die Kinderarmut in Deutschland. Die hat sich allein in den zurückliegenden drei Jahren verdoppelt. Laut Nationaler Armutskonferenz sind 3 Millionen Kinder von insgesamt 15 Millionen unter 18 Jahren arm.

Am Rande sei noch vermerkt, dass Babynahrung mit 19% Umsatzsteuer besteuert wird. Ob das der Geburtenrate dienlich ist, darf durchaus bezweifelt werden und macht deutlich, wie ernst es den Regierenden mit einem kinderfreundlichen Deutschland wirklich ist. Wenn, wie bisher, nichts Gravierendes geschieht, wird uns der demografische Wandel mit Macht einholen. Erste Auswirkungen sind bereits zu spüren: Die Renten sinken stetig. Kaufkraftbereinigt um rund 1,5% pro Jahr. In 20 Jahren sind das rund 35%.

Was tut in diesem Zusammenhang die Politik für unsere Zukunft? Investiert sie massiv in die Ausbildung der kommenden Generation um mit hoch qualifizierten Arbeitskräften eine hohe Produktivität zu gewährleisten? Befreit sie uns durch einfachere und weniger werdende Gesetze und Verordnungen von überflüssiger Bürokratie? Gewährleistet sie durch wohl durchdachte Arbeitszeitenregelungen, dass jeder, der Arbeit sucht, auch Arbeit findet und das zu einem angemessenen Lohn? Werden die Verwaltungen tatsächlich in erheblichem Umfang rationalisiert? Nein! Das Gegenteil ist wohl eher der Fall, wie die CDU-Bildungspolitik in Hessen zeigt.



Eingeführt wurden Studiengebühren von 500,- Euro pro Semester und Student(in). Angeblich um die Ausbildung an unseren Hochschulen und Universitäten zu verbessern. Warten wir ab, wie sich die Mittelzuweisungen des Landes an die Hochschulen und Universitäten entwickeln. Schließlich haben wir Ähnliches bei der Einführung der Maut erlebt. Erträge aus der Maut werden tatsächlich für den Fernstraßenbau verwendet. Gleichzeitig wurden aber die sonst zur Verfügung gestellten Mittel um fast den gleichen Betrag gekürzt. Fazit: die Straße vor meinem Haus ist immer noch kaputt. Ich bezahle jetzt mit jedem Joghurtbecher, den ich kaufe, für den zusätzlichen Schwerlastverkehr der Mautflüchtlinge vor meinem Hause.

Eingeführt wurde auch das Turbo-Abi (G8) nach acht statt bisher neun Jahren in der gymnasialen Oberstufe. Angeblich um die Chancen der Absolventen am Arbeitsmarkt und im internationalen Wettbewerb zu verbessern...? Der Landeselternbeirat stellt dazu in einem offenen Brief an Kultusministerin Wolff (CDU) fest: „Der Landeselternbeirat hat die Einführung von G8 in der jetzigen Form von Beginn an abgelehnt, und die seinerzeitigen Befürchtungen sind nun voll bestätigt worden. Wir sehen nach wie vor die Verkürzung der Schulzeit kritisch, die reine Verkürzung der Mittelstufe wie in G8 halten wir für falsch...“

Ich wünsche Ihnen für das neue Jahr 2008 Gesundheit, einen sicheren Arbeitsplatz und viel Erfolg!

